

Im Kreuzfeuer kritischer Fragen

Arsenproblem: Vertreter der Kreisverwaltung informieren der der Bürgerversammlung in Riedern

EICHENBÜHL-RIEDERN. Das Arsenproblem auf der Deponie Guggenberg hat dazu geführt, dass das Gemeinschaftshaus bei der Bürgerversammlung am Donnerstag voll besetzt war. Die Vertreter des Landratsamtes, Dietmar Fieger als Vertreter des Landrats und Wolfgang Röcklein, Leiter des Abfallwirtschaftsamts, mussten viele kritische Fragen beantworten.

Allen Anwohnern sei die »willkürliche Hochsetzung« des Grenzwertes ein Rätsel, fasste Heinz Zeller die Meinung der Anwohner zusammen: »Da werden für Zigtausende Euro Filter eingebaut, das Wasser mit Tanklastzügen abtransportiert und plötzlich tut es auch ein Wert von 0,3 Milligramm pro Liter.« Wie könne das sein, wollte er wissen.

Röcklein antwortete, man habe immer »mit Tricks und Raffinesse« versucht, den Grenzwert von 0,1 Milligramm Arsen pro Liter einzuhalten. Auf anderen Deponien werde schon immer mit dem höheren Grenzwert gearbeitet, man habe lediglich das gleiche Recht eingefordert. Doch bleibe die Kreisverwaltung bemüht, den Grenzwert niedrig zu halten. Demnächst solle ein neues Material erprobt werden, um das Arsen zu binden.

»Als Gießwasser unbedenklich«

Auf die Frage von Sonja Heinzelmann, bis zu welchem Wert man bisher eingeleitet habe, sagte Röcklein, dass die Werte nur knapp über 0,1 Milligramm pro Liter lagen. Lediglich einmal sei ein Wert von 0,23 Milligramm abgeleitet. Röcklein versuchte auch, die Gartenbesitzer zu beruhigen. Man könne ruhig mit dem Wasser den Garten gießen.

Dietmar Fieger eine Prüfung der Buchquelle zu veranlassen, die Sonja Heinzelmann gefordert hatte. Wenn die Gemeinde einen entsprechenden Antrag an die Kreisverwaltung stelle, werde man Proben nehmen. Röcklein regte an, die Probe später zu nehmen. Derzeit gebe es wegen der großen Nase wohl keine aussagekräftigen Ergebnisse. Es sei günstiger, dann zu



Im Kreuzfeuer der Riederner Bürger: Dietmar Fieger (rechts) und Wolfgang Röcklein (Mitte) von der Kreisverwaltung stellen sich bei der Bürgerversammlung den Fragen zum im Sickerwasser der Deponie Guggenberg. Links im Bild: Bürgermeister Günther Winkler. Foto: Helga Ackermann

messen, wenn die Niederschlagsmengen nachgelassen habe.

Auf die Frage, was geschehen würde, sollte der Wert über 0,3 Milligramm steige, antwortete Röcklein, dann werde man das Wasser wieder mit Tanklastzügen abfahren.

Zu Beginn der Diskussion hatte Fieger erläutert, dass der Landkreis nicht der Verursacher des Arsenproblems sei, sondern der Geschädigte. Der Arsenbelastete Schotter sei ein offensichtlicher Baumangel, der von der beauftragten Firma behoben werden müsse. Dazu sei ein Beweissicherungsverfahren angegangen worden, das juristische Verfahren über Haftung und Kosten jedoch noch nicht abgeschlossen.

Christoph Löffler wollte wissen, ob man tatsächlich warten will, bis alles geklärt sei. »Bei einem eventuell anstehenden Gerichtsverfahren wird wohl etliche Zeit ins Land ziehen«. Eine übereilte Aktion, wie zum Beispiel

den Schotter schon einmal auszutauschen, sei nicht sinnvoll, hielten Fieger und Röcklein entgegen. Der Kreis müsse dann die Kosten vorstrecken und den Schotter als Sondermüll zu entsorgen.

Unkenntnis bezweifelt

Mechthild Eckert stellte die Unwissenheit der Behörde über die Belastung des Schotters in Frage. Auch Magnus Henn führte dazu an, dass es schon 20 Jahre lang Reklamationen gegen den Steinabbau bei Sailauf gegeben habe. »Wie kann es dann sein, dass die Kreisverwaltung davon nichts davon weiß?« Fieger antwortete, dass man zwei Firmen mit dem schlüsselfertigen Bau beauftragt habe: »Es lag in deren Ermessen, welchen Schotter sie dazu verbauen.«

Dr. Thomas Weber wollte wissen, wie lange bei Verbleib des Schotters es zur Auswaschung von Arsen käme. Die Schätzungen von Röcklein lagen bei 15

bis 18 Jahren. Heiko Bundschuh bekundete seinen Unmut: »Ich habe die Befürchtung, dass die betroffene Firma ihre Segel streicht. Das überlebt niemand«. Man müsse doch mit einer Konkursanmeldung rechnen, »dann schauen wir in die Röhre.« Fieger hielt dagegen: »Der Steinbruch hat uns bereits mitgeteilt, dass er eine Versicherung habe und mit dieser in Kontakt steht.«

Adolf Ruf und Anton Scheuerecker beanstandeten die Informationspolitik der Kreisbehörde. Es könne nicht angehen, dass der Eichenbühler Bürgermeister Tatsachen aus der Zeitung erfahre. Sie baten darum, dass die betroffene Gemeinde, beziehungsweise der Bürgermeister über Pläne, Ziele und Ergebnisse auf dem Laufenden gehalten werden. Winkler bestätigte den unglücklichen Verlauf des Informationszuflusses und hofft auf Besserung, damit er nicht wieder da stehe »wie ein Depp«. Helga Ackermann